

Was tun, wenn Banken pleitegehen?

ARBEITSVORSCHLÄGE

Ihre Schulklasse oder Gruppe ist der Expert_innen-Rat des Finanzministeriums. Wenn das Ministerium eine Entscheidung zu treffen hat, hört es sich stets Ihre Einschätzung an. So auch im folgenden Fall, der Ihnen in streng geheimen Akten des Ministeriums mitgeteilt wird.

1. Lesen Sie M1, besprechen Sie den Fall und klären Sie eventuelle Verständnisfragen.
2. Teilen Sie Ihren Expert_innen-Rat in vier Gruppen auf und weisen Sie jeder Gruppe eine Handlungsmöglichkeit zu (Bail-out, Bail-In, Vergesellschaftung, pleitegehen lassen). In den Gruppen prüfen Sie anhand der entsprechenden Informati-

onstexte (M2 bis M5, oder alternativ die Kurztex-te M6 bis M9) die jeweilige Option und gehen dabei den Fragen nach:

- Wie funktioniert diese Option bzw. wie würde sie in der Realität ablaufen?
 - Für wen ist diese Option sinnvoll und warum?
 - Welche Risiken birgt diese Option?
3. Stellen Sie Ihre untersuchten Optionen vor.
 4. Besprechen Sie im Expert_innen-Rat mögliche Vor- und Nachteile.
 5. Geben Sie als Expert_innen-Rat eine begründete Empfehlung ab: Was soll die Regierung tun?

M1 Eine neue Finanzkrise?

1 Eine große Bank Ihres Landes ist in Schwierig-
keiten. Die Bank hat zwei große Bereiche. Zum
einen gehören viele Kleinsparer_innen zu ihrer
Kundschaft (klassische Bankengeschäfte). Zum
5 anderen handelt sie mit Wertpapieren (spekulative
Handelsgeschäfte). Bei einem intern durchgeführ-
ten Stresstest¹ hat die Bank festgestellt, dass ein
großer Teil der spekulativen Papiere in den nächs-
ten Monaten stark an Wert verlieren könnte (faule
10 Papiere). Daraufhin wollte die Bank sich von die-
sen Bereichen durch Weiterverkauf trennen, fand
jedoch keinen Käufer. Gleichzeitig führten die
erfolglosen Verkaufsversuche der Bank dazu, dass
der Aktienkurs der Geschäftsbank innerhalb we-
niger Wochen auffällig fiel. Innerhalb der Bank ist
15 nun eine gewisse Panik ausgebrochen. Man nimmt
an, dass sich hier inoffiziell bereits die nächste Fi-
nanzkrise anbahnt, da die faulen Papiere von der
Finanzbranche zunehmend als solche identifiziert
20 werden und das gegenseitige Misstrauen insbeson-
dere innerhalb des Interbankensektors zunimmt.
Die Bank hat sich nun mit ihrem Anliegen an
den Staat gewandt. Sie ist in Sorge, dass ihr Ei-
genkapital im Falle des Ausbruchs einer neuen
25 Finanzkrise nicht ausreichen werde, um den Zins-
und Rückzahlungs-Verpflichtungen gegenüber
ihren Einlegern (private Personen und Unterneh-
men) und gegenüber anderen Banken (auf dem
Interbanken-Sektor) nachkommen zu können.
30 Die Bank bittet die Politik deshalb darum, dass
der Staat große Aktien-Anteile der Bank kaufen

möge, um ihr Eigenkapital zu erhöhen sowie eine
Bürgschaft über die bestehenden Zahlungsver-
pflichtungen der Bank zu unterzeichnen.

35 Das Finanzministerium nimmt das Anliegen
der Bank sehr ernst, weil es diese Bank als »too big
to fail« ansieht, also zu groß um Bankrott gehen zu
dürfen. Man befürchtet im Falle einer Pleite dieser
Bank, dass daraufhin weitere Banken in finanzia-
40 elle Schwierigkeiten geraten könnten, weil sie auf
Rückzahlungen dieser Bank verzichten müssten.
Es könnte innerhalb der Finanzwelt eine Ket-
tenreaktion in Gang gesetzt werden, die letztlich
zu einer Finanzkrise führen würde, weil immer
mehr Banken in Zahlungsschwierigkeiten geraten
45 könnten. Diese Kettenreaktion könnte sich weiter
ausweiten und dazu führen, dass private Personen
und Unternehmen keine Kredite mehr von Ban-
ken erhalten würden, sodass neben der Finanz-
50 krise auch eine Wirtschaftskrise entstehen könnte
(Privatpersonen könnten weniger konsumieren
und Unternehmen weniger investieren). Zudem
sieht man die Gefahr neuerlicher Währungskrisen
und Staatskrisen samt der Zahlungsunfähigkeit
55 von Staaten.

Um all diese Risiken auf bestmöglichem Wege
zu vermeiden, bittet das Finanzministerium den
Expert_innen-Rat zu prüfen, welche Handlungs-
empfehlung er dem Staat geben würde. Seine
60 Aufgabe ist es in diesem Fall also, die theoretischen
Möglichkeiten der Politik zu prüfen und
eine Handlungsempfehlung auszusprechen und zu
begründen. ■ Quelle: Autorentext

¹ Ein Banken-Stresstest ist ein Übungsalarm, bei dem so getan wird, als wäre eine neuerliche Finanzkrise mit Zahlungsausfällen eingetreten.

M2a Option Bail-out I: Bankenrettung in Deutschland 2008

1 Im Oktober 2008 hat die deutsche Regierung
 . ein 480 Milliarden Euro schweres Hilfspaket für
 . die deutschen Banken beschlossen. Abgewickelt
 . wurden die Hilfen über den Sonderfonds Finanz-
 5 marktstabilisierung (SoFFin).

10 Der Fonds konnte Bürgschaften von bis zu 400
 . Milliarden Euro vergeben. Damit sollte den Ban-
 . ken garantiert werden, dass sie Geld, das sie an
 . andere Banken verleihen, auf jeden Fall zurück
 15 bekommen. Solche Geschäfte sind wichtig für das
 . normale Funktionieren der Banken. Nach dem
 . Ausbruch der internationalen Finanzkrise war der
 . Interbanken-Markt aber fast zusammengebrochen,
 . weil sich die Banken gegenseitig nicht mehr trau-
 20 ten. Es wurde befürchtet, dass die Banken dann
 . auch keine Kredite an Unternehmen und Konsu-
 . ment_innen mehr vergeben.

25 Neben den Garantien konnte der SoFFin den
 . Banken aber auch direkt Geld zur Verfügung stel-
 30 len. Bis zu 80 Milliarden Euro waren dafür vorge-
 . sehen. Für eine einzelne Bank konnten bis zu zehn
 . Milliarden Euro eingesetzt werden. Mit diesen

35 Hilfen konnten die Banken ihr Eigenkapital er-
 . höhen. Das ermöglichte ihnen die Vergabe neuer
 40 Kredite. Mehr Eigenkapital erhöht außerdem auch
 . die Kreditwürdigkeit gegenüber anderen Banken.
 . Bis zu einer Summe von fünf Milliarden Euro
 . konnte der Fonds außerdem »faule« Kredite oder
 . Wertpapiere von einer Bank übernehmen.

45 Banken, die Hilfen bekommen wollten, muss-
 . ten dem Staat aber bei einigen Punkten mitent-
 . scheiden lassen: Bei der Verwendung der Gelder,
 . der Höhe von Gewinnausschüttungen und von
 . Managergehältern sowie allgemein bei der künfti-
 50 gen Ausrichtung der Geschäfte. Die Hilfen sollten
 . den Banken aber auch nicht geschenkt werden.
 . Für die Garantien sollten sie Gebühren zahlen und
 . die direkten Hilfen sollten verzinst werden. Tat-
 . sächlich waren die Bedingungen aber so, dass zum
 55 Beispiel die Commerzbank nur sehr wenig für die
 . Hilfgelder gezahlt hat. Insgesamt hat der SoFFin
 . bis Ende 2016 einen Verlust von 22,5 Milliarden
 . Euro gemacht. ■ Quelle: Autorentext

M2b Option Bail-out II: Die US-Bankenrettung als Erfolgsmodell

1 Von John F. Kennedy stammt der Satz, dass in
 . der Politik Erfolge hundert Väter haben. Wäh-
 . rend Niederlagen Waisen zurücklassen. Im Fall
 . der Rettung der amerikanischen Banken verhält
 5 es sich kurioserweise umgekehrt. Kaum jemand
 . möchte sich heute mit dem eilig aufgesetzten
 . »Troubled Asset Relief Program« (TARP) in
 . Verbindung bringen lassen. Dieses hatte der da-
 . malige Finanzminister Henry Paulson auf dem
 10 Höhepunkt der Finanzkrise im Herbst 2008 aus
 . dem Boden gestampft.

15 Als die US-Kreditmärkte nach dem Lehman-
 . Zusammenbruch praktisch über Nacht einfroren
 . und die Wirtschaft zum Stillstand brachten, bas-
 20 telten Paulsons Experten an einem 700 Milliarden
 . US-Dollar schweren Rettungsfonds. [...] Statt im
 . großen Stil Giftpapiere aufzukaufen, verabreichte

25 Paulson den Banken Finanzspritzen. Die Regie-
 . rung erhielt im Gegenzug Aktien.

30 Geld floss auch an den weltweit größten Versi-
 . cherer AIG [...].

35 »Es hat funktioniert«, bilanzierte im Frühjahr
 . der für das TARP-Programm zuständige Experte
 . im Finanzministerium, Timothy Massad, vor dem
 40 US-Kongress. Eine Einschätzung, die von unab-
 . hängigen Analysten geteilt wird. [...] Während
 . die Amerikaner landläufig glauben, der Staat habe
 . die 700 Milliarden US-Dollar ausgegeben, belau-
 45 fen sich die tatsächlichen Kosten auf rund 49 Mil-
 50 liarden US-Dollar. Bei den Banken machte das
 . Finanzministerium beim Verkauf der vom Staat
 . übernommenen Anteile sogar einen Gewinn von
 . sieben Milliarden Dollar. [...] ■ Quelle: © Thomas Spang in

Frankfurter Rundschau vom 24.10.2011

M3 Option
Bail-in

1 Wiederholte Bankenrettungen haben [...] zu einem Anstieg der öffentlichen Schulden und zu einer hohen Belastung der Steuerzahler [geführt]. (Zwischen Oktober 2008 und dem 31. Dezember 2012 haben die europäischen Länder 591,9 Mrd. EUR – entsprechend 4,6% des BIP 2012 der EU – in Form öffentlicher Kapitalhilfen für ihre Banken bereitgestellt). Um zu gewährleisten, dass die Steuerzahler nicht wiederholt für Bankenrettungen haften müssen, hat die Europäische Kommission im Juni 2012 einen gemeinsamen Rahmen von Regeln und Befugnissen vorgeschlagen, der es den EU-Staaten erleichtern soll, in das Management von strauchelnden Banken einzugreifen. [...].

15 Verschlechtert sich die finanzielle Lage einer Bank trotz dieser vorbeugenden Maßnahmen jedoch derart, dass keine Abhilfe mehr möglich ist, würden die neuen Vorschriften durch einen »Bail-in«-Mechanismus sicherstellen, dass die Anteilseigner und Gläubiger der Bank ihren Beitrag zu den Kosten leisten müssen. Bei weiterem Mittelbedarf würde auf die nationalen, vorfinanzierten Abwicklungsfonds zurückgegriffen, die alle Mitgliedstaaten einrichten [...] müssten und die [...] mit Mitteln in Höhe von 1% der durch Einlagensicherungssysteme geschützten Einlagen auszustatten wären. Alle Banken müssten in diese Fonds einzahlen, wobei stärker risikobehaftete Banken höhere Beiträge zu leisten hätten.

30 **Wie wird der Bail-in-Mechanismus in der Praxis funktionieren?**

Der Mechanismus würde ein ausfallendes Institut soweit stabilisieren, dass dieses seine grundlegenden Funktionen ohne finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln fortführen könnte. Die Rekapitalisierung durch Abschreibung von Verbindlichkeiten und/oder deren Umwandlung in Eigenkapital würde es dem Institut ermöglichen, seine Geschäftstätigkeit fortzuführen, würde Störungen der Finanzstabilität [...] vermeiden und den Behörden Zeit geben, das Institut zu restrukturieren oder Geschäftsteile geordnet abzuwickeln. Dies wird als Bail-in bezeichnet.

45 Wenn also ein Bail-in einer Bank notwendig wäre, so würden die Behörden zunächst sämtliche Anteilseigner in die Pflicht nehmen und dann nach einer vorab festgelegten Reihenfolge vorgehen [siehe Haftungskaskade unten]. Verluste würden zunächst von den Anteilseignern und anderen Gläubigern, die in Bankkapital investieren [...], getragen. Einlagen unter 100.000 EUR würden nicht angetastet – sie sind jederzeit vollständig gesichert. [...]. Um die Aussichten auf eine Erholung einer Bank aufrechtzuerhalten und die allgemeine wirtschaftliche Stabilität zu wahren, muss ein Bail-in mindestens 8% der gesamten Bankverbindlichkeiten umfassen. [...]. Oberhalb der Schwelle von 8% könnte die Abwicklungsbehörde einer Bank erlauben, den Abwicklungsfonds in Anspruch zu nehmen, wobei die Mittel aus dem Fonds auf höchstens 5% der Bankverbindlichkeiten begrenzt sind. [...]. In einigen Fällen, insbesondere bei einer systemischen Krise, kann es erforderlich sein, von diesem Grundsatz abzuweichen und die Verwendung öffentlicher Mittel zur Finanzierung einer Bankenabwicklung zu gestatten [...] sofern die Kommission nach einer vorherigen Prüfung feststellt, dass die wirtschaftlichen Störungen und die potenzielle Bedrohung für das Funktionieren des Binnenmarkts dies rechtfertigen. In diesem Fall würde die 5%-Obergrenze außer Kraft gesetzt und die Mittel des Abwicklungsfonds würden direkt durch öffentliche Mittel ersetzt. Der Rückgriff auf den Abwicklungsfonds unterliegt in jedem Fall weiterhin der Kontrolle für staatliche Beihilfen.

Diese Flexibilität unterliegt jedoch angemessenen Bedingungen und ändert nichts an der Tatsache, dass die Banken ausreichende Kapazitäten entwickeln müssen, um ihren Anteilseignern und Gläubigern Verluste zuzuweisen. [...]. Rettungsbeihilfen in systemischen Krisen könnten erst nach dem erforderlichen Bail-in gewährt werden und unterlägen weiterhin dem EU-Rahmen für staatliche Beihilfen. ■ Quelle: Pressemitteilung

der Europäischen Kommission vom 28.03.2014

REIHENFOLGE DER HAFTUNG



-----Mindestens 8 Prozent der Bilanzsumme-----

M4a Option Vergesellschaftung des Bankensektors I

1 Die Kapitalisten haben gezeigt, bis zu welchem
Grad sie fähig sind, Gesetzen zuwiderzuhandeln
und Risiken einzugehen, ohne die Folgen zu
tragen, nur um ihre Gewinne zu steigern. Ihre
Tätigkeit kostet die Gesellschaft regelmäßig einen
hohen Preis. Die Gesellschaft, die wir aufbauen
wollen, hat als Leitbild Gemeinwohl, soziale Ge-
rechtigkeit und die Wiederherstellung ausgegli-
chener Beziehungen zwischen den Menschen und
der übrigen Natur. Aus diesen Gründen muss der
Kreditsektor vergesellschaftet werden. Frédéric

Lordon schlägt dazu »eine vollständige Entprivati-
sierung des Kreditsektors vor«.

- Den Kreditsektor vergesellschaften bedeutet:
- die entschädigungslose (oder höchstens sym-
bolische Entschädigung mit einem Euro)
Enteignung der Großaktionäre; Kleinaktionäre
werden entschädigt;
- die Überführung des gesamten Bankensektors
in den öffentlichen Dienst, mit Ausnahme
der kleinen Genossenschaftsbanken; für diese
gelten dieselben Regeln wie für die öffentli-
chen Banken;
- die Schaffung eines Netzwerkes öffentlicher
Spar-, Kredit- und Investitionsbanken mit
kleinen, bürgernahen Standorten;
- die Festschreibung der Ziele und Maßnahmen
in einer unter Beteiligung von Bürgervertre-
tern ausgearbeiteten Charta;
- Transparenz in der Kontenbuchführung,
die der Öffentlichkeit allgemeinverständlich
dargelegt werden muss.

Ich bevorzuge den Begriff »Vergesellschaftung«
gegenüber dem der »Nationalisierung« oder »Ver-
staatlichung« um klarzustellen, wie entscheidend
die Kontrolle durch die Bürger ist. Kontrolle

bedeutet, dass die Beschlüsse von Führungskräf-
ten, Vertretern der Angestellten, der Kunden, der
Vereine, Gemeindeabgeordnete sowie Vertreter
nationaler und regionaler Bankgremien gemein-
sam gefasst werden. Wie die Bürger eine aktive
Kontrolle ausüben können, kann nur auf demo-
kratischem Wege festgelegt werden. Die Beschäf-
tigten im Bankensektor müssen ermutigt werden,
die Bankgeschäfte zu kontrollieren und sich an der
Organisation der Arbeit aktiv zu beteiligen. Die
Geschäftsleitungen der Banken müssen jährlich
einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Es
muss ein bürgernaher und qualitativ hochwertiger
Bankdienst gefordert werden, der mit der derzeit-
igen Auslagerungspolitik bricht. Das Personal der
Finanzinstitute muss ermutigt werden, die Kund-
schaft wirklich zu beraten und mit aggressiven Ge-
schäftspraktiken zu brechen.

Die Vergesellschaftung des Bankensektors und
seine Überführung in den öffentlichen Dienst
ermöglicht:

- die Bürger und die öffentlichen Einrichtungen
der Macht der Finanzmärkte zu entziehen;
- die Projekte der Bürger und der öffentlichen
Hand zu finanzieren;
- die Bankgeschäfte dem Gemeinwohl zu
widmen, unter anderem mit dem Auftrag,
den Übergang von einer kapitalistischen
und produktivistischen zu einer sozial
und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft
zu erleichtern;

Patrick Saurin schreibt hierzu: »Heute geht es
nicht mehr darum, die Verluste der Banken zu
vergesellschaften, sondern den Bankbetrieb selbst,
in seinem vollen Umfang.« ■ Quelle: Auszug aus: Eric Toussaint

(2014): »Alternativen zur Krise«, in: *Emanzipation*, 4/2

M4b Option Vergesellschaftung des Bankensektors II

Der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel ist
skeptisch, was die Vergesellschaftung der Banken
angeht. Er sagt mit Blick auf die Erfahrungen in
der Finanzkrise seit 2010:

»Ich war selbst lange Jahre dafür, die Banken zu
verstaatlichen, aber ich traue der Politik das nicht
mehr zu. Schauen wir auf die Landesbanken in
der Krise, gerade auf die Sachsen LB, die durch
üble Spekulationsgeschäfte pleite gegangen ist.

Da saß die Politik samt Gewerkschaften in den
Aufsichtsgremien.

Ich schlage mittlerweile eine Arbeitsteilung vor:
Ihr macht das Dienstleistungsgeschäft Banken,
aber die Politik muss sehr streng regulieren. Das
heißt auch bestimmte Geschäfte verbieten, reine
Spekulationspapiere oder Wetten auf Zinsdiffe-
renzen.« ■ Quelle: Autorentext, Interview mit Rudolf Hickel im April 2018

M5 Option Banken pleitegehen lassen

- 1 Bürger retten, Banken pleitegehen lassen. Island
 . hat auf die Finanzkrise anders als Deutschland er- 40
 . agiert – und damit Erfolg gehabt. [...] 45
 . Angelockt von hohen Zinsen pumpten in-
 5 ternationale Banken, Fonds und Kleinanleger
 . über Jahre hinweg Milliardensummen in das
 . weitestgehend deregulierte Bankensystem der
 . 300.000-Seelen-Insel. [...] Islands Geschäftsmodel-
 . dell, langfristig vergebene Kredite kurzfristig zu
 10 refinanzieren, platzte jedoch in der Finanzkrise.
 . Eigentlich hätte [Island] im Herbst 2008 am auf-
 . steigenden Gemisch aus toxischen Wertpapieren
 . ersticken müssen [...] zwitschert heute jedoch
 . wieder munter und rettete sein Leben auf eine
 15 eher unkonventionelle Art und Weise. Island ließ
 . seine Banken pleitegehen, kürzte keine wichtigen
 . Staatsausgaben und rettete seine Bürger. Und sie-
 . he da – [es] hat auf ganzer Linie funktioniert. Erst
 . vor wenigen Tagen würdigte der Internationale
 20 Währungsfonds (IWF) Islands »überraschenden«
 . Erfolg und erklärte das isländische Krisenpro-
 . gramm zu einem Vorbild für andere Staaten unter
 . internationalen Hilfsprogrammen. Island habe, so
 . der IWF, nicht den Steuerzahler für die Verluste
 25 der Banken in Haftung genommen und konnte
 . dadurch das Wohlfahrtssystem erhalten und die
 . Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit abwenden.
 . Der Zusammenbruch des Bankensystems setzte
 . bei den Isländern eine nicht immer marktkonforme
 30 Kreativität frei. Anderswo erhielten die leitenden
 . Bankmanager millionenschwere Abfindungen,
 . in Island bekamen sie einen Haftbefehl zugestellt.
 . Man gründete keine »Bad Bank«, sondern »Good
 . Banks«, in die ausschließlich das solide Inlands-
 35 geschäft überführt wurde. Diese neuen Banken
 . wurden verstaatlicht und übernahmen reibungslos
 . das eigentliche Kerngeschäft. Die fragwürdigen
 . neuen Finanzprodukte und das Auslandsgeschäft –
 . inklusive der horrenden Schulden – blieben bei
 40 den alten Banken, die die Regierung wenige Tage
 . später kollabieren ließ.
 . Während Islands Steuerzahler relativ glimpflich
 . davonkamen, mussten die kreditgebenden inter-
 . nationalen Banken und Kleinsparer, die sich von
 45 irrationalen Zinsen hatten blenden lassen, ihre Forde-
 . rungen abschreiben. Das mag für die Betroffenen
 . ärgerlich sein, aber so funktioniert nun einmal der
 . Kapitalismus. Ein hoher Zins geht stets mit einem
 . hohen Risiko einher. [...]
 50 Um die neuen staatlichen Banken zu kapitalisie-
 . ren und die realwirtschaftlichen Kosten der Krise
 . schultern zu können, musste der Staat Kredite
 . des IWF in Anspruch nehmen. [...] Anstatt den
 . Staatshaushalt durch sogenannte Sparmaßnahmen
 55 sanieren zu wollen, setzte die Regierung in Rey-
 . kjavik auf gezielte Programme, um die isländische
 . Binnenkonjunktur zu stärken. Durch die Immo-
 . bilienkrise überschuldete Privathaushalte kamen
 . beispielsweise in den Genuss eines Teilschulden-
 60 erlasses; andere konnten auf staatliche Beihilfen
 . hoffen. So gelang es, eine Masseninsolvenz zu
 . verhindern, die der Konjunktur vermutlich einen
 . Knock-out versetzt hätte.
 . Aber auch abseits der Schuldenproblematik ging
 65 Island neue Wege, indem es nicht die Normalver-
 . diener, sondern die Wohlhabenden durch Steu-
 . ererhöhungen zur Ader ließ. Dadurch konnte die
 . Regierung Kürzungen im Sozialbereich vermei-
 . den und die Binnennachfrage stabilisieren. [...].
 70 Man kann das isländische Modell nicht ohne
 . Weiteres auf andere Staaten übertragen. Islands
 . Antwort auf die Krise zeigt aber, dass das Man-
 . tra der systemrelevanten Banken nicht haltbar ist.
 . [...]. Ein Staat, der nicht seine Banken, sondern
 75 seine Bürger rettet, macht alles richtig. [...] ■ Quelle:
 Jens Berger: »Vorbild Island«, *die tageszeitung* – taz vom 7.9.2012

INFO |||

Bail-out Das Wort Bail-out bedeutet soviel wie »jemanden raushauen« oder »aus der Patsche helfen«. Im Wirtschaftsbereich geht es darum Schulden von anderen zu übernehmen oder für diese zu haften. Im Fall einer Wirtschaftskrise geht es darum, dass der Staat auf diese Weise Banken oder andere Unternehmen »raushaut«.

Garantie (Bürgschaft) Wenn sich ein Jugendlicher Geld bei einem Gläubiger (z. B. einer Bank) leiht, dann ist der Jugendliche Kreditnehmer bzw. Schuldner. Bei einer Bürgschaft erklärt sich ein Dritter (z. B. die Eltern) bereit, für die Schulden des Jugendlichen (Kreditnehmer) zu haften, die Eltern sind dann Bürgen. Zahlt der Kreditnehmer die Kreditzinsen oder sogar den Kreditbetrag nicht zurück, muss der Bürge für die Schulden (noch offene Kreditsumme und noch offene Zinsbeträge) aufkommen.

Bad Bank Bezeichnung für eine Abwicklungsgesellschaft, in der faule Papiere und Kredite von einer Bank oder mehreren Banken gebündelt werden, um diese Institute von Lasten zu befreien. Die Bad Bank kann dann an andere Investor_innen weiterverkauft werden.

Faule Kredite Als »faul« werden Kredite bezeichnet, wenn der/die Schuldner_in gegenüber dem/der Gläubiger_in zahlungsunfähig wird. In der Fachliteratur werden diese auch als »Non-performing Loans« (NPL) bezeichnet. Gläubiger_innen gehen bei jeder Kreditvergabe das Risiko ein, dass dieser nicht zurückbezahlt werden könnte. Seit einigen Jahren sind die hohen Raten an NPLs in den Büchern europäischer Banken ein Hemmnis für weitere Kreditvergabe.

Faule Wertpapiere Wertpapiere werden als »faul« bezeichnet, wenn sie auf dem Markt stark an Wert verloren haben, aber noch mit höheren Werten in der Bilanz von Unternehmen (besonders Banken) stehen.

Weitere Begriffe werden im Glossar zu diesem Bildungsmaterial erläutert (siehe Ende der Gesamteinleitung).



M6 Kurztext:
Bail-out

- 1 Das englische Wort Bail-out bedeutet übersetzt
 2 »aus der Patsche helfen«. Im Zusammenhang mit
 3 zahlungsunfähigen Banken bedeutet es: Der Staat
 4 rettet die Bank mit Steuergeldern.
 5 Problem: Dieses Geld muss letztlich von den
 6 Bürgerinnen und Bürgern mit Steuern bezahlt
 7 werden. Außerdem fehlt das Geld für andere
 8 wichtige Dinge wie Schulen, Straßen oder Hilfen
 9 für arme Menschen.
 10 Während der Finanzkrise ab 2007 gab es solche
 11 Bail-outs in vielen Staaten.
 12 Beispiel Deutschland: Hier hat die Regierung
 13 beschlossen, bis zu 480 Milliarden Euro für die
 14 Bankenrettung einzusetzen. Bis zu 400 Milliarden
 15 Euro davon waren für mögliche »Garantien« (siehe
 16 Glossar) eingeplant.
 17 Bis zu 80 Milliarden Euro konnte der Staat direkt
 18 ausgeben. Er konnte der Bank »faule« Wertpapiere
 19 abkaufen, die stark an Wert verloren hatten.
 20 Er konnte das Geld aber auch für Aktien und
 21 Stille Einlagen der Banken ausgeben. Dadurch
 22 wird das Eigenkapital der Bank erhöht.
 23 Beim Kauf von Aktien wird der Staat Mitbesitzer
 24 der Bank. Die Bank ist teilverstaatlicht. Dadurch
 25 hat der Staat ein Mitspracherecht bei den
 26 Geschäften der Bank (je mehr Aktien, desto mehr
 27 Mitsprache).
 28 Bei einer Stillen Einlage wird der Staat an den
 29 Gewinnen oder Verlusten der Bank beteiligt. Er
 30 hat aber kein Mitspracherecht.
 31 Beispiel USA: Hier hat die Regierung ein Rettungsprogramm
 32 von bis zu 700 Milliarden Dollar beschlossen.
 33 Zu Beginn der Krise wurden die größten
 34 US-Banken teilverstaatlicht. Weitere Hilfgelder
 35 mussten die Banken zurückzahlen. Nach und nach
 36 wurden die Aktien der Banken wieder verkauft.
 37 So ist der amerikanische Staat am Ende mit
 38 leichten Gewinnen aus der Bankenrettung
 39 ausgestiegen. ■ Quelle: Autorentext

M7 Kurztext:
Bail-in

- 1 Das Wort Bail-in entstand als Reaktion auf das
 2 englische Wort Bail-out.
 3 Bail-out bedeutet: Der Staat rettet eine Bank
 4 mit Steuergeldern vor der Pleite. Dabei gibt es ein
 5 Problem. Das Geld muss letztlich von den Bürgerinnen
 6 und Bürgern mit Steuern bezahlt werden. Außerdem
 7 fehlt das Geld für andere wichtige Dinge wie Schulen,
 8 Straßen oder Hilfen für arme Menschen.
 9 Bail-in bedeutet dagegen: Wer große Geschäfte
 10 mit einer Bank macht, muss bei einer Pleite dieser
 11 Bank auch die Verluste mittragen. Nach den Regeln
 12 der EU-Bankenunion betrifft das drei Gruppen:
 13 Erstens die Besitzer der Bank. Bei Großbanken
 14 sind das Aktionäre. Sie haben Geld in die Bank
 15 investiert in der Hoffnung, dadurch am Gewinn
 16 beteiligt zu werden.
 17 Zweitens die Gläubiger, die der Bank Geld gegen
 18 versprochene Zinsen geliehen haben.
 19 Drittens die Einleger, die ihr Geld zum Sparen
 20 auf ein Konto eingezahlt haben. Sie sind aber
 21 nur betroffen, wenn sie mehr als 100.000 Euro auf
 22 Konten der Bank haben.
 23 Aktionäre, Gläubiger und Großeinleger verlieren
 24 nacheinander Geld, wenn die Bank gerettet werden
 25 muss. Mindestens 8% der Bankschulden müssen
 26 so zusammenkommen.
 27 Weitere 5% der Schulden kann ein Abwicklungsfonds
 28 übernehmen. In diesen Fonds müssen alle Banken
 29 einzahlen, um für Krisenzeiten vorzusorgen.
 30 Erst wenn das alles nicht reicht, kann die Bank
 31 Hilfgelder von dem Staat bekommen, in dem sie
 32 ihren Sitz hat.
 33 Kritiker der EU-Regel sagen, dass sie in der
 34 Praxis nicht eingehalten wird. In Italien wurden
 35 Banken ohne Bail-in mit Staatsgeldern gerettet.
 36 Der Druck der Aktionäre, Gläubiger und Großeinleger
 37 auf die Politik war zu groß. Statt einem Bail-in
 38 kam es zu einem klassischen Bail-out. Der Staat
 39 hat die Bank mit dem Geld der Allgemeinheit
 40 gerettet. ■ Quelle: Autorentext

M8 Kurzttext:
Vergesellschaftung

- 1 Vergesellschaftung bedeutet, dass Unternehmen
 . nicht mehr Privatleuten gehören, sondern allen.
 . Solche Unternehmen werden vom Staat gelei- 25
 . tet. Das heißt, sie werden letztlich demokratisch
 . kontrolliert.
 . Manche meinen, das soll auch bei den Banken
 . der Fall sein. Sie sagen: Die Bankenrettung hat vor
 . allem den Reichen geholfen:
 . - Erstens den Aktionären, denen die Bank
 10 gehört.
 . - Zweitens den Gläubigern, die an Geschäften
 . mit der Bank verdienen wollten.
 . - Drittens denen, die viel Geld auf einem
 . Konto bei der Bank hatten.
 15 Das wäre ungerecht. Denn das Rettungsgeld
 . musste letztlich von den Bürgerinnen und Bür-
 . gern mit Steuern bezahlt werden. Außerdem fehlt
 . das Geld für andere wichtige Dinge wie Schulen,
 . Straßen oder Hilfen für arme Menschen.
 20 Deshalb sollten Banken nicht gerettet werden.
 . Ihre riskanten Geschäfte hätten nur das Ziel ge-
 . habt, dass Reiche noch reicher werden.
 . Der Staat soll die Banken übernehmen. Banken
 . sollen in den Dienst der gesamten Gesellschaft ge-
 . stellt werden. Sie sollen nur das machen, was der
 . gesamten Gesellschaft nutzt:
 . - Erstens sollen sie den Zahlungsverkehr
 . abwickeln, das heißt Überweisungen durch-
 . führen und Bargeld ausgeben.
 30 - Zweitens sollen sie das Geld von Sparern
 . aufbewahren.
 . - Drittens sollen sie Kredite vergeben, zum
 . Beispiel an Menschen, die ein Haus bauen
 . wollen, oder an Unternehmen, die neue
 35 Maschinen brauchen.
 . Andere sagen: Das mit der demokratischen Kont-
 . rolle funktioniert nicht. In der Finanzkrise muss-
 . ten auch Landesbanken, die dem Staat gehören,
 . gerettet werden.
 40 Sie meinen: Der Staat soll die Banken streng
 . kontrollieren und riskante Geschäfte verbieten.
 . Aber er soll sie nicht selbst übernehmen. ■ Quelle:
 Autorentext

M9 Kurzttext:
Banken pleite gehen lassen

- 1 Manche sagen: Im Kapitalismus ist es normal,
 . dass Unternehmen pleitegehen, wenn sie schlecht
 . wirtschaften. Das muss auch für Banken gelten.
 . Der Markt soll das Problem lösen.
 5 Andere sagen dagegen: Der Staat muss ver-
 . hindern, dass eine Bank die nächste mit in die
 . Pleite reißt. Sonst kommt es zu einer chaotischen
 . Finanzkrise. Erst brechen die Banken zusammen
 . und dann die gesamte Wirtschaft.
 10 Eine chaotische Finanzkrise will eigentlich nie-
 . mand. Aber der Staat muss auch nicht jede Bank
 . retten.
 . Beispiel Island: In der Finanzkrise von 2008 hat
 . der Staat neue Banken gegründet. Die haben die
 15 normalen Konten und Kredite der Isländer über-
 . nommen. Faule Papiere und ausländische Forde-
 . rungen blieben bei den alten Banken. Die wurden
 . dann in die Pleite geschickt.
 . Auf diese Weise kam Island gut durch die Kri-
 20 se. Das Geld für Schulen, Straßen oder Hilfen für
 . arme Menschen wurde nicht gekürzt.
 . Pech hatten die ausländischen Anleger. Das
 . waren in der Regel reiche Personen und Unter-
 . nehmen. Die isländischen Banken hatten sie mit
 25 hohen Zinsen gelockt. Sie haben ihr Geld mit der
 . Pleite der Banken verloren.
 . Manche sagen aber: Das kleine Island war ein
 . Sonderfall. Dadurch ist keine internationale Groß-
 . bank ins Wanken gekommen. Außerdem könnten
 30 nicht alle Länder gleichzeitig die Probleme ins
 . Ausland verlagern. Sonst würde das internationale
 . Finanzsystem zusammenbrechen.
 . Banken in die Pleite gehen zu lassen kann also
 . eine Lösung sein. Es gibt aber auch das Risiko
 35 eines unkontrollierten Zusammenbruchs. Der
 . Prozess muss auf jeden Fall politisch gesteuert
 . werden. ■ Quelle: Autorentext

M10 Systemrelevanz ist eine politische Kategorie

1 Interview mit Andreas Kallert

In der Finanzkrise ab 2007 war die Rede davon, dass viele Banken »too big to fail« seien. Was ist damit gemeint?

A. K.: »Too big to fail«, mittlerweile auch »systemically important bank« oder im deutschen »Systemrelevanz«, das meint, dass durch das Fallen einer Bank eine Kettenreaktion ausgelöst werden kann. Das heißt, die Pleite kann unkalkulierbare Folgen im Bereich der Finanzwirtschaft und der Wirtschaft insgesamt haben.

Problem bei dieser Sache ist, dass eigentlich nicht klar definiert ist, was Systemrelevanz ist. Es ist eine politische Kategorie. Sie wird aber dargestellt als eine Sachkategorie, so als ob man Systemrelevanz messen könne.

Die Kategorie Systemrelevanz hängt ganz entscheidend davon ab, was sie bezwecken soll. Großinvestoren zu retten und Kapitalentwertung zu verhindern kann ein politischer Zweck von Systemrelevanz sein. Kleinanlegern ihre Einlagen zu garantieren, kann auch ein Zweck von Systemrelevanz sein. Systemrelevanz ist keine neutrale Kategorie.

Als Reaktion auf die Krise gab es neue Regeln für Banken. Was halten sie davon?

A. K.: Das ist ein sehr ambivalentes Fazit. Zunächst einmal hat man Eigenkapitalvorschriften verschärft, mit dem Ziel, dass Banken Verluste besser auffangen können. Wenn sie mehr Eigenkapital haben, können sie auch mal ein Jahr mit deutlichen Verlusten ausgleichen, ohne direkt in existentielle Nöte zu geraten. Das ist sicherlich sinnvoll, schränkt aber die Renditequoten der Banken ein. Also das liegt nicht im Interesse der Banken.

Man hat auf globaler Ebene im »Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht« die Kategorie der »global systemically important financial institutions« geschaffen, also der global systemrelevanten Finanzinstitute. Davon gibt es jetzt ungefähr dreißig. Die Deutsche Bank ist dabei ganz weit oben. Man hat vier Kategorien von Systemrelevanz erschaffen, auch wieder sehr schwierig zu messen, aber man hat es eben gemacht und das heißt nun, je systemrelevanter eine Bank ist, desto mehr Eigenkapital muss sie extra bereitstellen.

Auf europäischer Ebene hat sich die EU auf die Bankenunion geeinigt, die seit 2014 in Kraft ist. Die besteht aus drei Elementen. Das ist zum einen eine europäische Aufsicht. Es gibt jetzt ungefähr 130 Banken in der EU, die unter europäischer Finanzaufsicht stehen. Damit herrschen hier ein-

heitliche Regeln und nicht die nationalstaatlichen. Zweitens gibt es einen europäischen Abwicklungsmechanismus der vorschreibt, wie Banken abgewickelt werden sollen. Hier gilt in erster Linie Bail-in statt Bail-out. Also die Eigentümer und die Anleger und damit die Kreditgeber der Bank sollen in Haftung genommen werden, bevor der Staat einspringt. Und das dritte Element, noch immer in Verhandlungen, ist die europäische Einlagensicherung bis zu 100.000 Euro.

Gab es schon Abwicklungen nach den neuen Regeln?

A. K.: Die gab es tatsächlich schon. Eine portugiesische Bank und eine spanische Bank wurden abgewickelt. Das ist allerdings superkomplex und es ist sehr schwer zu durchschauen, welche Anleger rangenommen werden.

Und in Italien sind drei Banken trotzdem gerettet worden. Darin zeigt sich so ein bisschen der politische Spielraum. Das ist nicht einfach mit einem Regelwerk getan und mit dem Label »Systemrelevanz«, sondern das sind umkämpfte Kategorien und das hat sich 2016/2017 gezeigt.

Deutschland pocht da auf dem Papier sehr stark auf die Einhaltung der Regeln. Allerdings waren auch noch keine deutschen Banken betroffen, sonst sähe das vielleicht anders aus.

Was glauben Sie, würde bei einer neuen Finanzkrise in Deutschland passieren?

A. K.: Ich bin da ein bisschen pessimistisch. Ich glaube, die Deutsche Bank wird man nicht pleitegehen lassen. Sie ist das Flaggschiff der deutschen Wirtschaft auf dem Finanzmarkt. Der einzige »Global Player«, wie es immer heißt. Wie es mit kleineren Banken aussähe, ist schwer zu sagen.

Die Hoffnung wäre schon, dass jetzt die bail-in-fähigen Kapitalien, ungesicherte Anleihen und die Aktionäre tatsächlich auch herangezogen werden. Die europäische Bankenunion gibt eigentlich entsprechende Regeln vor. Aber diese Regeln wurden eben schon ganz in den Anfängen mehrfach verletzt, im Fall von Italien. Daher wäre ich im Fall von Deutschland noch pessimistischer, weil Deutschland ein sehr viel größeres Gewicht hat in der EU als Italien.

Hart gegenüber Griechenland zu sein, das ist das eine. Wie das aussieht, wenn man es gegen die eigene Wirtschaft durchsetzen muss, das andere. ■

Andreas Kallert ist Sozialwissenschaftler und hat 2017 das Buch Die Bankenrettungen während der Finanzkrise 2007–2009 in Deutschland veröffentlicht.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie das Interview mit Andreas Kallert (M10) und fassen Sie das zentrale Argument in eigenen Worten zusammen:
 - Inwiefern ist Systemrelevanz eine politische Kategorie?
 - Welche Institutionen entscheiden über die Frage der Systemrelevanz?

- Welche Interessen sind mit der Frage der Systemrelevanz verknüpft?
2. Was vermuten Sie: Würden deutsche Banken in einer neuen Finanzkrise wieder mit Staatsgeldern gerettet werden? Begründen Sie Ihre Einschätzung. Wie beurteilen Sie das?

M11 An der Realität gescheitert

Die europäische »Bankenunion« von 2014 funktioniert nicht. Das Eigenkapital der Banken ist immer noch viel zu niedrig, um Verluste aufzufangen. Diese Bankenrettung zeigt, dass die Finanzlobby gesiegt hat: Die toskanische Großbank Monte dei Paschi wird wohl Hilfsmilliarden vom italienischen Staat erhalten. Damit ist die europäische »Bankenunion« von 2014 gleich am ersten Realitätstest gescheitert. Denn sie sah eigentlich vor, dass zunächst die Aktionäre und Gläubiger einspringen sollen, wenn eine Bank in Schieflage gerät. Eine Überraschung ist es nicht, dass die »Bankenunion« versagt. Von Anfang an war abzusehen, dass es nicht funktionieren würde, die Gläubiger zahlen zu lassen. Denn wer sind denn diese »Gläubiger«? Dazu gehören oft auch ganz normale Sparer, die nie ein Risiko eingehen wollten, sondern ahnungslos nur ihr Geld geparkt haben. Man kann sie nicht bluten lassen wie typische Finanzanleger. Also muss der Staat ran. Die »Bankenunion« war eine Farce. Sie sollte nur kaschieren, dass es den europäischen Politikern nicht gelungen ist, sich gegen die Finanzlob-

by durchzusetzen: Das Eigenkapital der Banken ist immer noch viel zu niedrig, um Verluste aufzufangen. Also wurde die Mär verbreitet, dass ja auch die Gläubiger haften könnten, falls es zu einer Bankpleite kommt. Es ist kein Zufall, dass die Banken ihre gesamte Lobbymacht aufbieten, um das Eigenkapital niedrig zu halten. Denn sie sehen eine Kausalkette des Grauens vor sich: Mehr Eigenkapital bedeutet mehr Aktien, so dass mehr Geld für Dividenden abfließen würde. Da man den Bankgewinn aber nur einmal verteilen kann, bliebe weniger Geld übrig, um dem Top-Management hohe Gehälter und Boni auszuzahlen. Diese Missstände sind europaweit zu beobachten. Auch die Deutsche Bank schlingert bedrohlich – und daher stieg ihr Börsenkurs sofort, als die Nachricht kam, dass der italienische Staat bei Monte dei Paschi aushelfen könnte. Denn es ist ja leider nicht ausgeschlossen, dass auch die Bundesregierung irgendwann herbeieilen muss, um die Deutsche Bank zu retten. ■ Quelle: Ulrike Herrmann in die tageszeitung – taz vom 22.12.2016

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M11 und beschreiben Sie in eigenen Worten, wie mit der Pleite der Großbank Monte dei Paschi umgegangen wurde.
2. Nennen Sie mindestens zwei mögliche politische Alternativen zum Umgang mit der Großbank Monte dei Paschi.
3. Entwerfen Sie auf Grundlage des Szenarios am

- Ende von M11 ein Transparent für eine Protestaktion gegen Staatshilfen für die Deutsche Bank. Begründen Sie Ihre Position in einem kurzen Flugblatt.
4. Was wäre Ihrer Ansicht nach der richtige Umgang mit der Pleite einer Großbank? Nehmen Sie persönlich zur Frage der Bankenrettung Stellung.

REQUISITEN TRANSPARENT

